

Appell für eine gute Zukunft Österreichs

Armut bekämpfen, Pflege reformieren und Zusammenhalt stärken

■ MICHAEL LANDAU

Wer schon einmal mit einem unserer Besucher (meist sind es Männer) der Obdachloseneinrichtung Gruft gesprochen hat, der weiß, wie rasch es gehen kann, plötzlich ein Leben auf der Straße zu führen. Wer diesen Menschen kurz zuhört, der erahnt, wie schwierig der Weg zurück in die Mitte der Gesellschaft sein kann. Oft entsteht in diesen Gesprächen der Eindruck: Diese Menschen hatten vielfach keine Wahl. Und oft haben diese Menschen auch nur wenig Hoffnung. Hilfe zur Selbsthilfe – darum geht es uns als Caritas in diesen Momenten.

Viele Fragen nach der Wahl

Wenn am 29. September 2019 sechs Millionen Österreicherinnen und Österreicher aufgerufen waren, ihre Stimme für die anstehende Parlamentswahl abzugeben, dann waren wir auch bei dieser Wahl vor die Frage gestellt, wie wir mit Menschen an den Rändern der Gesellschaft und an den Rändern des Lebens umgehen wollen. Wie wollen wir gewährleisten, dass die Schlangen vor unseren Suppenbussen in Zukunft wieder kürzer und nicht länger werden? Welche Lösungen wollen wir finden, um auch in Zukunft eine an der Würde des Menschen Maß nehmende Pflege sicherzustellen? Wie kann es gelingen, den Hunger und weltweite Armut zu bekämpfen und der Klimakrise unsere Stirn zu bieten? Und wie wollen wir gewährleisten, dass Menschen an anderen Orten dieser Welt Zukunft und Perspektive entwickeln können? Kurzum: Jede Wahl stellt uns vor die Frage, in welchem Land und letztlich auch in welcher Welt wir leben wollen.

Als Mensch und Bürger und als Verantwortlicher einer Hilfsorganisation möchte ich dafür werben, dass es ein Land ist, das von einer Grundmelodie des Respekts, der

Hoffnung und der Zuversicht getragen wird. Was hat Österreich und Europa groß gemacht? Dialog und die Fähigkeit, zusammenzustehen und auf die Schwächsten nicht zu vergessen. Es ging also auch bei dieser Wahl nicht um die Zukunft einzelner Parteien, sondern zu allererst um die Zukunftstauglichkeit unserer Gesellschaft insgesamt. Jedenfalls drei Punkte sollten vor diesem Hintergrund über ideologische Grenzen hinweg außer Streit gestellt werden: Die Bekämpfung von Armut, die Zukunft der Pflege und die Stärkung des Zusammenhalts in Politik und Gesellschaft.

Armut, Wohnung, Pflege

Bekämpfung von Armut meint im Österreich des Jahres 2019 etwa leistbaren Wohnraum sicherzustellen. Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir: In vielen Haushalten bedeuten die Wohnkosten heute die größten Ausgaben. Im untersten Einkommensdrittel müssen bis zu 29 Prozent des Einkommens fürs Wohnen ausgegeben werden. Die lang versprochene Reform des Mietrechtsgesetzes muss hier für Verbesserungen sorgen.

Armut bekämpfen meint auch, die Abschaffung der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ zu überdenken. Das neue Sozialhilfegesetz birgt die massive Gefahr, das Armutsrisiko vor allem von Kindern zu erhöhen. Es darf nicht sein, dass gerade kinderreiche Familien nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete zahlen oder wie sie ihre Familie ernähren sollen. Politik hat die Aufgabe, Menschen dabei zu unterstützen, ihr Potenzial auszuschöpfen, damit sie ihre Stärken entfalten und einen Beitrag leisten können. Dieses Gesetz könnte das Gegenteil bewirken.

Die Zukunftstauglichkeit unseres Landes hängt aber auch davon ab, wie wir mit



Michael Landau studierte zuerst Biochemie, was er 1988 mit dem Doktorat abschloss. Während seiner Studienzeit trat er in die katholische Kirche ein und wurde 1980 getauft. Ab 1986 studierte er Philosophie und Katholische Theologie, was er ebenfalls mit dem Doktorat abschloss. 1992 wurde er in Rom zum Priester geweiht. 1995 übernahm er nach Helmut Schüller die Leitung der Caritas Wien. Seit 2013 ist er Präsident der Caritas Österreich.

■ Was hat Österreich und Europa groß gemacht? Dialog und die Fähigkeit, zusammenzustehen und auf die Schwächsten nicht zu vergessen.

älteren Menschen in unserem Land umgehen. Bis zum Jahr 2050 ist mit einem Anstieg pflegebedürftiger Menschen von derzeit 450.000 auf 750.000 Menschen zu rechnen. Mehr als 50.000 zusätzliche Pflegekräfte werden benötigt. Unser Land wird alt aussehen, wenn die Reform der Pflege nicht zügig in der nächsten Legislaturperiode auf den Weg gebracht wird. Aus unserer Sicht sollte es darum gehen, pflegende Angehörige deutlich stärker zu entlasten – denn sie sind der größte Pflegedienst des Landes. Es muss darum gehen, pflegebedürftige Menschen selbst besser zu unterstützen – Qualität, Umfang und Kosten der Pflege dürfen nicht länger vom Wohnort der Betroffenen abhängen. Und drittens muss es gelingen, den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten. Jede Reform ist zwecklos, wenn wir zu wenig Personal haben, das in der Pflege tätig ist.

Die populistische Versuchung

Neben inhaltlichen Reformen geht es mir aber auch um eine Reform des Politikverständnisses. Mein Appell an alle im Parla-

ment vertretenen Parteien lautet: Erliegen Sie nicht der populistischen Versuchung! Deren Folgen müssen wir in diesen Tagen in vielen Ländern Europas und weltweit beobachten. Wir benötigen vielmehr eine Politik des Zusammenhalts. Eine Politik der Hoffnung. Und eine Politik der Zuversicht, die es uns erlaubt, anstehende Aufgaben selbstbewusst anzugehen. Kein Land der Welt ist stark genug, um die Klimakrise zu bekämpfen. Kein Staat Europas allein kann der Armut auf dem Kontinent nachhaltig entgegenzutreten. Und kein Land der Erde wird Wege und Möglichkeiten finden, die Ursachen für Flucht und Migration allein wirksam in den Griff zu bekommen. In einer globalisierten Welt kann Verantwortung nicht abgeschoben werden. In einem vereinten Europa kann aber auch ein kleines Land wie Österreich eine mutige und fortschrittliche Rolle einnehmen. Eine Rolle, die das Gemeinsame vor das Trennende stellt. Durch eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen hier bei uns in Österreich. Durch ein verbindendes Auftreten in Europa. Und durch entschlossenes Handeln in der Hilfe vor Ort. ■

Damit Österreich gerechter wird

■ MARIA KATHARINA MOSER



Maria Katharina Moser studierte sowohl katholische als auch evangelische Theologie in Wien sowie interkulturelle Frauenforschung in Manila. Im Jahr 2007 begann Maria Katharina Moser als Fernseh-Journalistin in der Religionsabteilung des ORF zu arbeiten. Vom September 2016 bis August 2018 war sie Pfarrerin in der Evangelischen Pfarrgemeinde A.B. Wien-Simmering. Seit 1. September 2018 ist sie Direktorin der Diakonie Österreich.

Gerechtigkeit tut Not. Das ist unstrittig, auch in Wahlkampfzeiten. Keine Partei würde sagen: Wir stehen für mehr Ungerechtigkeit. Allein, was genau gerecht ist, ist umstritten. Als Diakonie sind wir tagtäglich in Beziehung mit Kindern, Frauen und Männern – Menschen, die Pflege brauchen und pflegenden Angehörigen, Armutsbetroffenen und Wohnungslosen, Menschen mit Behinderung, Menschen auf der Flucht. Wir wissen, wie sich politische Maßnahmen auf ihren Alltag auswirken. Und welche Maßnahmen zu treffen sind, um ihrer jeweiligen konkreten Situation gerecht zu werden.

Grundbedürfnisse sichern

Gerecht ist, das zu bekommen, was man mindestens braucht. Es geht um das Stillen

von Grundbedürfnissen – und die sind für alle gleich: ausreichendes und gesundes Essen und Güter für den täglichen Bedarf, angemessener Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung usw. Aus ethischer Sicht darf es hier keine Diskriminierung nach nationaler Herkunft oder Familiengröße geben, auch Leistung(sfähigkeit) ist dort, wo es um Grundbedürfnisse geht, ein falscher Maßstab.

Damit Grundbedürfnisse gesichert werden, braucht es ein gutes soziales Netz. Die aktuelle Wifo-Verteilungsstudie hat gezeigt: Sozialleistungen wirken armutspräventiv. Sie reduzieren die Armutsgefährdung von 43% auf 14%. Am stärksten wirken Arbeitslosengeld, Notstands- und Mindestsicherung sowie Wohnbeihilfe und Bildung. Die Umwandlung der Mindestsicherung in eine neue Sozialhilfe ohne Mindeststan-